

«Freie Meinungsbildung im Zeitalter Sozialer Medien – Herausforderungen für die Demokratie»

Lehrstühle für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Fribourg

Themenliste

Einleitende Bemerkungen:

- Alle wichtigen Anhaltspunkte zur Formulierung der Forschungsfrage(n) finden sich grundsätzlich im Titel der einzelnen Themata wieder. Die nachgefügten Kurzbeschriebe zu den einzelnen Themata sollen als Hilfestellung und Inspirationsquelle dienen und mögliche Forschungsrichtungen konkretisieren. Sie sind aber nicht so zu verstehen, dass in jedem Fall nur auf die dort vermerkten Aspekte einzugehen ist.
- Versuchen Sie, den Fokus auf die Problemstellung Ihres Themas zu legen und nicht zu weit auszuholen, um in Ihr Thema einzusteigen.
- Werfen Sie einen Blick auf die anderen Themen auf der Liste, um sicher zu gehen, dass sich Ihre Arbeit nicht auf Aspekte bezieht, die nicht zum Kern Ihres Themas gehören, sondern von anderen Teilnehmenden behandelt werden.
- Bei der freien Meinungsbildung im Zeitalter Sozialer Medien handelt es sich um ein dynamisches und internationales Thema. Behalten Sie, wo immer möglich, die europäische und internationale Perspektive in den Augen. Rechtsvergleichende Aspekte sind immer willkommen, sofern sie wichtige Punkte Ihrer Fragestellung beleuchten.

I. Freie Meinungsbildung: Historische Grundlagen

1. Ideengeschichtliche Grundlagen der Kommunikationsgrundrechte

Was sind die den Kommunikationsgrundrechten zu Grunde liegenden Werte, wie haben sie sich in der Gesellschaft entwickelt und durchgesetzt?

2. Das Zensurverbot: Ursprung, Entwicklung und aktuelle Relevanz

Wie ist das Zensurverbot entstanden, wie hat es sich in Anbetracht des Wandels in der Medienwelt entwickelt und welche Bedeutung hat es heute?

3. Der persönliche und sachliche Schutzbereich der Medienfreiheit – Damals und heute

Wer und was schützt die Medienfreiheit? Wie hat sich die Medienfreiheit im historischen Kontext entwickelt?

4. Was bedingt die demokratische Meinungsbildung?

Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit die Kommunikationsgrundrechte ihre demokratische Funktion erfüllen können? Wie haben sich diese Bedingungen im Zeitalter der Sozialen Medien verändert?

5. Soziale Medien, Proteste und Revolution

Erste historische Einschätzungen über die Wirkungen der Sozialen Medien auf demokratische/autokratische Umbrüche – Vom Arabischen Frühling bis zum Sturm auf das Kapitol

II. Freie Meinungsbildung online: eine Standortbestimmung

6. Das Recht auf freie Meinungsbildung nach Art. 34 Abs. 2 BV

Welche Rolle spielt der Staat bei der Gewährleistung des Rechts auf freie politische Meinungsbildung? Lehre und Rechtsprechung zu staatlichen Informations- und Interventionspflichten bei Wahlen und Abstimmungen und ihre Bedeutung für die Sozialen Medien

7. Die freie Meinungsäußerung auf Sozialen Medien

Wie wirkt sich die Rolle der Plattformbetreiber als Intermediäre auf die freie Meinungsäußerung auf Sozialen Medien aus? Inwiefern gilt das Grundrecht der freien Meinungsäußerung auf Sozialen Medien?

8. Rechtswidrige Inhalte, Hate Speech und Fake News – Welche Rechte und Pflichten gelten für Nutzer:innen und Plattformbetreiber in der Schweiz

Die Schweiz kennt (noch) keine spezifische Plattformregulierung. Wie findet das geltende Zivil- und Strafrecht auf problematische Onlineinhalte Anwendung?

9. Die Regulierung von Inhaltsmoderation im europäischen Digital Services Act

Welche Anforderungen stellt der DSA an die Inhaltsmoderation? Wie werden die Plattformen in die Pflicht genommen? Welche grundrechtlichen und demokratietheoretischen Fragen wirft der Akt auf?

III. Soziale Medien und Risiken für die Meinungsbildung

10. AGB und Community Standards – Plattformbetreiber als private Gesetzgeber?

Welche Regeln machen Private für die Online-Kommunikation? Wie wirken sich diese auf die Grundrechte und die Demokratie aus?

11. Empfehlungsalgorithmen auf Sozialen Medien – Kompatibel mit der freien Meinungsbildung?

Inhalte auf Sozialen Medien werden Nutzer:innen zu einem Grossteil von Empfehlungsalgorithmen auf der Basis persönlicher Daten an zugespielt. Wie frei ist die

Meinungsbildung unter diesen Umständen? Welche Schutzpflichten hat der Staat in dieser Hinsicht?

12. Aussergerichtliche Streitbeilegung - Eine verfassungsrechtliche Würdigung des Meta Oversight Boards

Wie funktioniert das Meta Oversight Board? Welche Chancen und Risiken bietet eine solche aussergerichtliche Streitbeilegung im demokratischen Meinungs Austausch? Wie wirkt sich das Board auf die Kommunikationsgrundrechte aus?

13. Wer kontrolliert die Medien? Eigentumsverhältnisse und ihre Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit

Wie haben sich die Eigentumsverhältnisse in der Medienbranche über die Zeit verändert? Welchen Einfluss haben die Eigentumsverhältnisse auf den Inhalt eines Mediums bzw. einer Plattform? Welche verfassungsrechtlichen Fragen werfen diese Entwicklungen auf?

14. Wahlen und Abstimmungen im Zeitalter Sozialer Medien – Die Gefahr der in- und ausländischen Einflussnahme

Über Soziale Medien kann durch gezielte Informationskampagnen und mit der Hilfe künstlicher Intelligenz Einfluss auf die Meinungsbildung genommen werden. Wie gross ist die Gefahr für die Demokratie? Welche Schutzpflichten treffen den Staat – insbesondere hinsichtlich der Regulierung von künstlicher Intelligenz?

15. Extremismus auf Sozialen Medien – Welche rechtliche Verantwortung tragen die Plattformbetreiber in der EU?

Extremisierung und Radikalisierung auf Onlineplattformen werden häufiger. Was können und müssen Betreiber von Sozialen Medien in der EU dagegen unternehmen?

16. Kinder und Jugendliche auf Sozialen Medien – Eine Abwägung zwischen Schutzbedürfnissen und Freiheitsrechten

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf freie Meinungsbildung und damit auf die Nutzung von Sozialen Medien, die für sie aber auch ein grosses Gefahrenpotential bergen. Welche Schutzansprüche stehen Kinder und Jugendliche zu? Können diese umgesetzt werden, ohne dass ihre Freiheitsrechte unverhältnismässig eingeschränkt werden?

IV. Neue Medien, alte Fragen: Was ist die Rolle des Staates und wie viel Regulierung ist nötig?

17. Die Selbstregulierung der Presse – ein bewährtes System im Zeitalter Sozialer Medien?

Die Presse kennt – zumindest hierzulande – ein starkes Selbstregulierungssystem. Journalistische Standards konnten so aufgebaut und erhalten werden. Nun kämpft das journalistische Angebot neben User-Beiträgen um Aufmerksamkeit auf den gleichen Plattformen. Welche Bedeutung hat das System der Selbstregulierung für die Presse in einer Welt der Sozialen Medien?

18. Die Leistungsaufträge für Radio und TV vor dem Hintergrund der freien Meinungsbildung

Wie kam es zum Konstrukt der Leistungsaufträge für Radio und TV und wie sind diese aus heutiger Sicht einzuschätzen?

19. Die Rolle des Service Public in der digitalen Medienwelt

Welche Funktionen soll der Service Public in der digitalen Medienwelt übernehmen? Was ist von der traditionellen Unterscheidung zwischen elektronischen Medien und der Presse zu halten?

20. Die Konzentration von Markt- und Meinungsmacht – Wettbewerbsrechtliche Lösungsansätze

Welche wettbewerbsrechtlichen Instrumente existieren im europäischen und US-amerikanischen Kontext – und welche werden künftig erforderlich sein –, um die Meinungsmacht sozialer Medien wirksam zu begrenzen? Inwiefern unterscheidet sich die Regulierung von Plattformmärkten vom klassischen Wettbewerbsrecht?

21. Datenschutz als Instrument zur Sicherung der politischen Autonomie

Wie viel Datenschutz braucht ein Mensch um Meinungen frei bilden und äussern zu können? Welchen Beitrag leistet der Datenschutz (bzw. könnte oder müsste er leisten)?

22. Medien- und Digitalkompetenz als Schulfach – Pflichtprogramm im Zeitalter Sozialer Medien?

Gehört der Medien und Digitalkompetenz zum Grundschulunterricht? Was spricht für, was spricht gegen ein solches Pflichtprogramm? Wie könnte/müsste ein solches Programm ausgestaltet sein?

23. Das Verbot politischer Werbung in Radio und TV – Besteht ein Regulierungsbedarf für Soziale Medien?

Im Radio und TV ist politische Werbung in der Schweiz verboten. Auf Sozialen Medien muss Werbung gekennzeichnet sein. Ist die freie politische Meinungsbildung auf Sozialen Medien damit genug geschützt?